



**INHALT NOVEMBER 2007**

**SEITE 1**  
**VER.DI WERTET MIGRATIONS-/**  
**INTEGRATIONSPOLITIK AUF**

Personengruppenstatus für  
 Migrantinnen und Migranten

**ZAHLENWERK**

Spätaussiedlerinnen und Spätaus-  
 siedler insgesamt (2002 bis 2006)  
 Spätaussiedlerinnen und Spätaus-  
 siedler nach Altersgruppen (2006)

**SEITE 2**  
**EINE „SYM-BADISCHE“**  
**LÖSUNG**

Integrationskurse für Alt-  
 Zuwanderer bei BST Safety Textiles

**MEHRSPRACHIGKEIT**  
**IN EUROPA**

EU-Kommission und Experten-  
 gruppe legen Berichte vor

**HANDBUCH ZUR INTEGRATION**

Ein Überblick über die Situation  
 in der EU

**SEITE 3**  
**POTENZIALE ENTDECKEN**

Tagungsdokumentation erschienen  
**ROUTE DER MIGRATION**

Vom Kommen, Gehen und Bleiben  
 in Nordrhein-Westfalen

**TERMINE**

und Veranstaltungen

**BISLANG MÄSSIGE**  
**INFORMATIONSLAGE**

Zwischenbericht des DJI zu einem  
 Projekt über Aussiedlerjugendliche

**SEITE 4**  
**WANDERARBEITER HABEN**  
**RECHTE**

Kommentar von Norbert Cyrus,  
 Sozialwissenschaftler an der Uni  
 Oldenburg und Autor einer Studie  
 der ILO zu modernem Menschen-  
 handel

## VER.DI WERTET MIGRATIONS-/ INTEGRATIONSPOLITIK AUF

### Personengruppenstatus für Migrantinnen und Migranten

„Veränderung des § 22 Organisations-  
 gliederung – Vertretungsstrukturen  
 für Gruppen“ – so lautete die Über-  
 schrift eines von 1.303 Anträgen, die  
 vom zweiten Bundeskongress der  
 Vereinigten Dienstleistungsgewerk-  
 schaft ver.di beraten wurden. Die  
 Delegierten, die vom 1. bis 6. Oktober  
 in Leipzig tagten, stimmten mit über-  
 wältigender Mehrheit dem Antrag H  
 153 zu, wonach der § 22 um „h)  
 Migranten/innen“ ergänzt wird. Der  
 Vorgang ist zugegebenermaßen kaum  
 dazu angetan, Neugier zu wecken.  
 Gleichwohl verbirgt sich dahinter eine  
 wichtige Veränderung. Migrantinnen  
 und Migranten haben in ver.di nun  
 den Status einer Personengruppe, was  
 eben in § 22 der Satzung geregelt ist.  
 Das räumt ihnen in der gewerkschaft-  
 lichen Willensbildung und politischen  
 Arbeit einen größeren Stellenwert ein.  
 Verbunden ist damit auch ein ver-  
 pflichtendes Budget, was die Arbeit  
 natürlich planbarer macht.

Bislang konnten Migrantinnen und  
 Migranten im Rahmen der Satzung



Arbeitskreise bilden, um ihre spezifi-  
 schen Interessen vertreten zu können.  
 Der Gruppenstatus macht es jetzt  
 möglich, auf allen Ebenen Ausschüsse  
 zu bilden. Das schließt auch ein mit  
 Anträgen aktiv in die Willensbildung  
 eingreifen zu können.

Da solche Dinge nun einmal satzungsmäßig  
 geregelt sind, musste auch dafür ein  
 Paragraf geändert werden. Im neu gefassten  
 § 67 heißt es nun unter anderem: „Auf  
 Bezirksebene können Konferenzen vor  
 den Bezirkskonferenzen, auf Landesebene  
 sollen Konferenzen vor den Landesbezirks-  
 konferenzen und auf Bundesebene muss  
 eine Konferenz der Migranten/-innen  
 vor dem Bundeskongress rechtzeitig

stattfinden.“ Die Konferenzen haben ein  
 Antragsrecht. Die Betroffenen von ver.di  
 sehen den Beschluss als einen qualita-  
 tiven Sprung für ihre Arbeit. Auf eines  
 allerdings muss geachtet werden: Migra-  
 tions-/Integrationspolitik ist und bleibt  
 eine Querschnittsaufgabe, die alle  
 Fachbereiche und Gruppen angeht.  
 Das Vorhandensein einer festen sat-  
 zungsmäßigen Struktur könnte die  
 Neigung befördern, Fragestellungen  
 zu Migration in die entsprechenden  
 Ausschüsse zu verweisen und sich  
 damit von Aufgaben zu entledigen.  
 Um ein Beispiel zu benennen: Die vom  
 ersten Bundeskongress beschlossene  
 Zielsetzung einer interkulturellen  
 Orientierung geht alle an und nicht  
 nur die Migrantinnen und Migranten.

### ZAHLENWERK

#### Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler insgesamt (2002 bis 2006)

2002	91.416
2003	72.885
2004	59.093
2005	35.522
2006	7.747

#### Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Altersgruppen (2006)

unter 6	583
6 bis 17	1.129
18 bis 24	1.048
25 bis 44	2.198
45 bis 64	1.929
über 65	860

Daten: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt  
 (siehe auch den Beitrag zur Situation von Aussiedlerjugendlichen auf Seite 3)

# EINE „SYM-BADISCHE“ LÖSUNG

**Integrationskurse für  
Alt-Zuwanderer bei  
BST Safety Textiles**

**D**ass Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz anders als ursprünglich geplant auch so genannten Alt-Zuwanderern offenstehen, kommt seit Kurzem 33 Männern und neun Frauen in den südbadischen Gemeinden Murg und Maulberg zugute. Anfang Oktober haben sie angefangen in Kursen systematisch Deutsch zu lernen. 600 Stunden stehen ihnen dafür insgesamt zur Verfügung. Dazu kommen 30 Stunden, die ihnen helfen, sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden.

Begonnen hatte es im Frühjahr 2007 bei BST Safety Textiles, einem Produzenten von Spezialtextilien, insbesondere Airbags. Der Betriebsratsvorsitzende Giuseppe Riina (IG Metall) wollte sich nicht länger mit der Tatsache abfinden, dass viele seiner Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund seit langer Zeit in Deutschland leben und arbeiten, die

Sprache aber nur schlecht beherrschen.

Um nach einer Lösung zu suchen wandte sich Riina an die Geschäftsführung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das für die Integrationskurse zuständig ist. In diesem Fall war das der Regionalkoordinator Albert Versteeg, der die Arbeit vor Ort in Südbaden erledigt. Gleichzeitig warb er bei seinen Kolleginnen und Kollegen, damit sie sich für eine Teilnahme entscheiden. Es meldeten sich schließlich 50 Interessierte, die an einer Informationsveranstaltung teilnahmen. Von ihnen blieben schließlich 42, die das Angebot annahmen.

Insgesamt finden fünf Kurse an den Standorten Murg und Maulberg statt, die von der Volkshochschule Schopfheim durchgeführt werden. Unterrichtet wird vor oder nach der Arbeit in den Räumlichkeiten des Unternehmens. Das bedarf einiger organisatorischer Regelungen. An einem Standort gibt es nämlich ein Vollkonti-Schichtsystem, es wird also rund um

die Uhr gearbeitet. Aber auch das ist zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst.

Albert Versteeg sieht das Projekt schon als Vorbild für andere Industriebetriebe, die durchaus auch einen Vorteil davon haben, zum Beispiel, weil auch berufsbezogenes Deutsch in den Kursen vermittelt wird. Und solche Angebote stärken die Bindung an das Unternehmen, was in Baden auch

deshalb wichtig ist, da stellenweise Fachkräfte Mangelware sind.

BST Safety Textiles stellt übrigens nicht nur die Räumlichkeiten zur Verfügung. Das Unternehmen trägt auch die Kosten, die normalerweise auf die Beteiligten als Eigenbeiträge zugekommen wären.

Insgesamt also kann man das Projekt als eine „sym-badische“ Lösung sehen.



## MEHRSPRACHIGKEIT IN EUROPA

**EU-Kommission und Experten-  
gruppe legen Berichte vor**

**Z**um Europäischen Tag der Sprachen hat die Europäische Kommission einen Bericht über Mehrsprachigkeit in den Mitgliedsländern vorgelegt. Demnach hat sich die Situation in fast allen Ländern der EU vor allem bei den Jüngeren verbessert. In den Sekundarstufen werden verstärkt zwei Fremdsprachen angeboten.

Allerdings – so der zuständige EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit Leonard Orban – gebe es noch Defizite beim Sprachunterricht für Erwachsene. Auch sollte der Fremdsprachenunterricht auf sämtliche Bildungswege ausgedehnt und das Sprachangebot erweitert werden.

Am selben Tag hat eine von der Kommission eingesetzte Expertengruppe zum Thema Mehrsprachigkeit ihren Abschlussbericht übergeben. Sie hatte die Aufgabe nach neuen Ansätzen für einen ganzheitlichen Ansatz für Mehr-

sprachigkeit in der EU zu suchen. Themen waren unter anderem Motivation für das Erlernen von Sprachen, Möglichkeiten der Medien und die Rolle der Sprachen im Wirtschaftsleben.

Ein Ergebnis, auf das die Expertengruppe hinweist: Migrantinnen und Migranten stellen eine potenziell wertvolle Sprachenressource dar. Unternehmen sollten die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, stärker nutzen.

**Die beiden Berichte können heruntergeladen werden unter:**

[www.migration-online.de/  
sprachenbericht\\_kommission](http://www.migration-online.de/sprachenbericht_kommission)  
und

[www.migration-online.de/  
sprachenbericht\\_expertengruppe](http://www.migration-online.de/sprachenbericht_expertengruppe)



## HANDBUCH ZUR INTEGRATION

**Ein Überblick über die Situation  
in der EU**

**A**nfang Oktober 2007 ist die zweite Ausgabe des Handbuchs zur Integration erschienen, das von der Migration Policy Group (MPG), einer unabhängigen Organisation, die die Europäische Kommission in Migrationsfragen berät, erarbeitet wurde. Unterstützt wurde die MPG von den Nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen in den EU-Mitgliedsländern. In Deutschland ist diese Kontaktstelle im Bundesinnenministerium angesiedelt.

Die inhaltlichen Grundlagen wurden auf einer Reihe von Fachseminaren erörtert. Die Themen dazu wurden von dem jeweils ausrichtenden Land in Zusammenarbeit mit der MPG und der EU-Kommission formuliert. Die Kontaktstellen können Referenten ebenso vorschlagen wie die Vorstellung bewährter Verfahren. Außerdem können sie je drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihrem Land benennen.

Die vier Kapitel des Handbuchs befassen sich mit Mainstreaming, Wohnen, wirtschaftliche Integration und „Governance“. Bei Letzterem geht es um Strukturen, Mechanismen, Formen der Zusammenarbeit und Prozesse, die den Rahmen für Integration bilden.

Aus Sicht des zuständigen EU-Kommissars Franco Frattini kommt bei allen Fragen, die mit Integration zu tun haben, den Akteuren in den Städten eine große Bedeutung zu. Sie – so Frattini im Vorwort des Handbuchs – sind am nächsten dran und deshalb am ehesten in der Lage, schnell und wirksam zu handeln.

**Das Handbuch zur Integration ist in den verschiedenen Sprachen der Mitgliedstaaten erschienen. Die deutsche Version kann im Internet heruntergeladen werden unter:**

[www.migration-online.de/  
handbuch\\_integration](http://www.migration-online.de/handbuch_integration)

**Die Fassungen in anderen Sprachen finden sich auf der Seite**

[www.migpolgroup.com](http://www.migpolgroup.com)

# POTENZIALE ENTDECKEN

## Tagungsdokumentation erschienen

„Potenziale entdecken – Berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten“ war das Thema der Düsseldorfer Migrationsgespräche zum Tag der Menschenrechte im Dezember 2006. Die Dokumentation ist vor Kurzem online erschienen. Welche Potenziale bei Zuwanderern mobilisiert werden können zeigte sich an zwei Beispielen:

eine Migrantin und ein Migrant schilderten ihren beruflichen Werdegang, der nicht gradlinig verlief, aber erfolgreich war.

Aus Sicht des Bundesministeriums für Arbeit und der Europäischen Kommission wurden aktuelle politische Strategien zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten vorgestellt. In einer Podiums-/Plenumsdiskussion wurden Konzepte zur beruf-

lichen Integration aus verschiedenen Ländern vorgestellt, miteinander verglichen und diskutiert. Beteiligt waren Expertinnen und Experten aus Österreich, Italien, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland.

Die Dokumentation kann als PDF-Datei heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/  
potenziale\\_entdecken](http://www.migration-online.de/potenziale_entdecken)

# ROUTE DER MIGRATION

## Vom Kommen, Gehen und Bleiben in Nordrhein-Westfalen

Die Geschichte der Ein- und Auswanderung in dem Gebiet, das heute Nordrhein-Westfalen ist, soll mit dem Internetprojekt „Vom Kommen, Gehen und Bleiben – Route der Migration“ neu entdeckt werden. Den Nutzern des Projekts, das vom nordrhein-westfälischen Integrationsbeauftragten Thomas Kufen initiiert wurde, wird kein fertiger historischer Abriss geboten. Vielmehr sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes aufgerufen, Orte und Ereignisse zu benennen, die zur Migrationsgeschichte von NRW gehören. Die werden dann – wenn sie geeignet sind – in die Route der Migration aufgenommen.

Schon jetzt sind einige Erinnerungsorte aufgeführt. Da ist zum Beispiel die Zeche in Bochum, in der seit über 115 Jahren Migranten Kohle abbauen. Zunächst waren das polnische Bergleute, während der Weltkriege Zwangsarbeiter und seit Ende der 1950er-Jahre Menschen aus Italien, Griechenland, Jugoslawien, der Türkei und Marokko.

Diese Fakten dürften den meisten bekannt sein. Ganz anders sieht es wohl beim Erinnerungsort „Fief Wunnen Baum und Steen“ in der Nähe von Laer im Kreis Steinfurt aus. Von hier zogen vor allem zwischen 1650 und 1850 Männer zur Saisonarbeit nach Holland. Was wohl auch nicht so bekannt ist: Mitte des 18. Jahrhunderts zogen viele Menschen aus dem Sauerland

ins Banat. Dem Herrscher Baron von Fürstenberg behagt das wenig. Er ließ eine Auswanderergruppe in Oberhundert ins Gefängnis werfen. Den Wegzug von insgesamt rund 1.800 Menschen konnte er freilich nicht stoppen.

Aufgeführt sind auf der Internetseite auch bereits einige Vorschläge. Die verschiedenen Ereignisse haben natürlich eine unterschiedliche historische Tragweite. Für die betroffenen Menschen aber war es immer ein Schritt ins Ungewisse, ob sie nun kamen oder gingen. Und spannend zu lesen sind Geschichten rund um die Erinnerungsorte allemal.

Im Internet zu finden unter:

[www.migrationsroute.nrw.de](http://www.migrationsroute.nrw.de)

# BISLANG MÄSSIGE INFORMATIONSLAGE

## Zwischenbericht des DJI zu einem Projekt über Aussiedlerjugendliche



Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) veröffentlichte vor Kurzem den Zwischenbericht über das Projekt „Inklusionsstrategien für junge Aussiedler im Übergang Schule–Beruf“,

das sich mit den Lebenslagen von Aussiedlerjugendlichen beschäftigt. In dem Bericht heißt es, Aussiedlerjugendliche seien im Übergang von der Schule ins Berufsleben im besonderen Maße von dauerhafter Ausgrenzung von Erwerbsarbeit betroffen, außerdem verließen diese Jugendlichen die Schule wesentlich häufiger ohne Abschluss, als ihre deutschen Mitschüler. Dem entgegen steht jedoch die überdurchschnittlich hohe Wertschätzung, die Aussiedlerjugendliche Berufsausbildung und Erwerbsarbeit entgegenbringen, wie Untersuchungen belegten.

Hilfsangebote sind bisher noch relativ selten, da es für Problemlösungen bislang an konkretem Wissen mangle. Laut DJI bestehe „ein dringender Bedarf, Informationen über Auslöser, Verläufe und Wendepunkte solcher Ausgrenzungsprozesse zu gewinnen“.

Eben diese Informationen sollen mit Hilfe des Projekts „Inklusionsstrategien für junge Aussiedler im Übergang Schule–Beruf“ gewonnen werden.

Das DJI untersucht seit 2004 die Wege Jugendlicher von der Hauptschule ins Berufsleben. Von den 3.922 Befragten stammen knapp 12 Prozent aus Aussiedlerfamilien und sind überwiegend nicht in Deutschland geboren.

Zusammenfassend stellt das DJI fest, dass nur ein kleiner Teil der Aussiedlerjugendlichen den traditionellen Weg Pflichtschulbesuch–Berufsausbildung gehen könne. Einem großen Teil der Jugendlichen fehlen die Zugangsmöglichkeiten zur Berufsausbildung. Die Alternativen bestehen für die Meisten in einem weiteren Besuch der Schule zum Erwerb eines weiterführenden Abschlusses oder im Ableisten berufsvorbereitender Maßnah-

# TERMINE

## und Veranstaltungen



### Behörden Tagung 2007

Tagung: 08.–09.11.2007

Hotel Spenerhaus, Frankfurt am Main

### Zukunft der beruflichen Bildung im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens – Euro- päische Migrationsgespräche.

Tagung: 09.11.2007

DGB Bundesvorstand, Berlin

### Interkulturelles Training – Aufbaukurs

Training: 11.–16.11.2007

DGB Bildungszentrum Hattingen

### Tagung zum UN-Tag für Men- schenrechte – Düsseldorfer Migrationsgespräche

Tagung: 07.12.2007

Hans-Böckler Haus, Düsseldorf

Weitere Infos und Anmeldung unter:

[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)

oder

Telefon 02 11/43 01-1 41

men. Problematisch sei laut DJI, dass rund die Hälfte der Aussiedlerjugendlichen aus der Berufsvorbereitungsschleife nicht wieder herauskommt. So bilde sich schon sehr früh eine sich dauernd vergrößernde Gruppe heraus, die von schulischen und berufsvorbereitenden Angeboten nicht mehr erreicht würden. Es bleibe zu ermitteln, „ob sich diese Gruppe dadurch vergrößert, dass Jugendliche nach zwei Durchgängen in der Berufsvorbereitung noch immer keinen Zugang zur Berufsbildung erlangen“ und deshalb ihre Qualifizierungsbemühungen einstellen.

Den Zwischenbericht zum Projekt „Inklusionsstrategien für junge Aussiedler im Übergang Schule–Beruf“ kann man herunterladen unter:

[www.migration-online.de/  
dji\\_aussiedlerjugendliche](http://www.migration-online.de/dji_aussiedlerjugendliche)

## WANDERARBEITER HABEN RECHTE

### KOMMENTAR

**Norbert Cyrus,**  
Sozialwissenschaftler an der  
Uni Oldenburg und Autor  
einer Studie der ILO zu  
modernem Menschenhandel



Weit gehend unbemerkt von der Öffentlichkeit erlebt die Wanderarbeit eine Renaissance in Europa. In der Politik wird inzwischen ernsthaft über die Wiedereinführung befristeter Arbeitsmigration verhandelt. Dabei ist die Beschäftigung von Millionen temporärer Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter in der EU schon längst Realität, allein in Deutschland beträgt ihre Zahl schätzungsweise 600.000. Der größte Teil wird in Jobs eingesetzt, die ortsansässige Arbeitskräfte nicht annehmen. Ausländische Arbeitskräfte werden dafür auf legalen und oft auch scheinlegalen oder illegalen Wegen angeworben.

Für die wirtschaftliche Bilanz der Zielländer ist dieser Arbeitskräfteeinsatz positiv. Auch für die Arbeitsmärkte sind die Gesamteffekte eher positiv zu bewerten. Allerdings kommt es dort zu einer Konkurrenz zwischen

Ortsansässigen und Zugewanderten, wo Arbeitgeber die geltenden Standards missachten und Wanderarbeiter zu unseriösen und illegalen Praktiken beschäftigen. Wanderarbeiter können mit einem Einkommen, das ortsansässigen Arbeitskräften nicht zum Leben reicht, im Herkunftsland den Lebensstandard der Familie verbessern, den Kindern eine Ausbildung finanzieren, ein Haus bauen oder eine berufliche Existenz zu gründen.

Das Interesse an einer Arbeitsaufnahme in der EU ist entsprechend groß. Die Möglichkeiten sind aber beschränkt. So kommen unseriöse Arbeitsvermittler und Arbeitgeber zum Zuge, die falsche Versprechungen machen und geltende Standards bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen grob verletzen. Eine Reihe von Studien dokumentiert inzwischen eklatante Missstände bei der Beschäftigung von Wanderarbeitern in Europa.

Die im Jahr 2006 erschienene ILO-Studie über „Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland“ dokumentiert Fälle extremer Ausbeutung von Wanderarbeitern. Sowohl legal als auch illegal beschäftigte Wanderarbeiter werden danach Opfer von Ausbeutung. Die Palette möglicher Verstöße ist breit: Löhne werden teilweise oder vollständig vorenthalten. Die Verletzung von Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen ist die Regel. Im Falle von Unfall oder Krankheit werden Wanderarbeiter teilweise nicht medizinisch versorgt, sondern entlassen und ausgesetzt.

Dabei werden Wanderarbeitnehmer durch das deutsche Recht eigentlich geschützt: Es besteht Anspruch auf Lohn für geleistete Arbeit und Zugang zu Arbeitsgerichten unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Aber Wanderarbeiter kennen ihre Rechte kaum. Ausbeuterische Arbeitgeber behaupten gerne, dass Wanderarbeiter keine Rechte haben und von Kontroll-

behörden und Gewerkschaften keine Unterstützung erhalten. Diese Behauptung wird leider nur allzu oft bestätigt: Wanderarbeiter werden ausgewiesen, wenn vorschriftswidrige oder illegale Arbeitsbedingungen festgestellt werden. Sie erhalten noch nicht einmal den ausstehenden Lohn. So besteht eine Schutzlücke. Unter diesen Umständen unterwerfen sie sich Bedingungen, die sie zuvor nicht akzeptiert hätten.

Inzwischen wird mit der gewerkschaftlichen Ansprache des Europäischen Verbands der Wanderarbeitnehmer der Teufelskreis vermeintlicher Rechtlosigkeit und Einschüchterung durch Arbeitgeber und Kontrollen ansatzweise durchbrochen. Deutlich wird, dass Wanderarbeiter Rechte besitzen und diese auch einfordern – wenn sie informiert und unterstützt werden. Deutlich wird auch, dass Rechte nicht gegen Wanderarbeiter durchgesetzt werden können, sondern besser mit ihnen gemeinsam. Deutlich wird vor allem, dass gewerkschaftliche Ansprache und Solidarität ein effektives Mittel zur Eindämmung unfairer Konkurrenz darstellt.

Es ist jetzt schon absehbar, dass Europa bereits in naher Zukunft noch sehr viel stärker auf Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen sein wird. Die Einführung temporärer Beschäftigungsmöglichkeiten für Wanderarbeiter wird aber nur dann akzeptabel sein, wenn die arbeitsrechtliche Gleichstellung und der effektive Schutz vor Ausbeutung garantiert ist und die Arbeitsmigranten – wie es bei türkischen Staatsangehörigen bereits der Fall ist – bei Erfüllung bestimmter Bedingungen einen Rechtsanspruch auf Verfestigung des Aufenthaltes haben. Die Stärkung der Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit von Wanderarbeitern nutzt auch uns Einheimischen – und sollte auch von Gewerkschaften stärker und systematischer umgesetzt werden.

### GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

#### KOORDINATION

Michaela Dälken

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

#### LAYOUT

Gitte Becker

#### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

#### FOTOS

photocase

#### DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

#### BESTELLADRESSE

SETZKASTEN GMBH  
Produktion, Verlag, Werbung  
Kreuzbergstraße 56  
40489 Düsseldorf  
Telefax 02 11/4 08 00 90-40  
E-Mail mail@setzkasten.de

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk  
Bereich Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de